



Ausschussdrucksache 21(17)10
vom 10. November 2025

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

„Desinformation durch autokratische Staaten mit dem Ziel der Schwächung von Demokratie und Bedrohung der Menschenrechte“

Dr. Gesine Dornblüth
Journalistin

Titel: „Desinformation durch autokratische Staaten mit dem Ziel der Schwächung von Demokratie und Bedrohung der Menschenrechte“

Fragenkatalog zur Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Desinformation durch autokratische Staaten mit dem Ziel der Schwächung von Demokratie und Bedrohung der Menschenrechte“

Stellungnahme der Anzuhörenden Dr. Gesine Dornblüth, Journalistin und Buchautorin

Herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich, dass sich der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe mit diesem Thema beschäftigt. Denn in meiner täglichen Arbeit für den Deutschlandfunk sehe ich mit Sorge, wie sehr Desinformation unseren Diskurs und damit das demokratische Miteinander bedroht.

Formen, Akteure und Ziele von staatlicher Desinformation

Welche Mittel nutzt Russland für seine Desinformation, aus welchen Gründen und mit welchen Zielen innerhalb des Landes, in seinen europäischen Nachbarstaaten und in Deutschland? (CDU/CSU)

Seit Beginn seiner ersten Amtszeit vor 25 Jahren unterdrückt Wladimir Putin in Russland systematisch freie Presse. Der Propagandaapparat ist über die Jahre immer mächtiger

geworden. Innerhalb Russlands dominiert die Regierung den öffentlichen Raum mit dem Ziel, die Macht zu erhalten bzw. auszubauen und die Bevölkerung hinter einem starken Führer (Putin) zu vereinen. Von Diskurs kann schon lange keine Rede mehr sein. Widersprechende Ansichten werden nicht geduldet, Protest und Journalismus werden kriminalisiert, sobald sie die Deutungshoheit der Führung in Frage stellen. Die Regierung bedient sich dabei der Methoden, die bereits der sowjetische und die ihm angeschlossenen Geheimdienste angewandt haben. Für 2026 sieht der russische HaushaltSENTWURF die Rekordsumme von 146 Mrd Rubel (umgerechnet rund 1,5 Mrd EUR) für Propagandamedien vor.

In den Nachbarstaaten, die einst von der Sowjetunion besetzt waren, ist die prorussische Desinformation u.a. darauf gerichtet, Emanzipationsbewegungen und Demokratie zu verhindern. Dem Kreml geht es darum, die Deutungshoheit über die Zeit der sowjetischen Besatzung zurück zu gewinnen und eine andere als die russische Sicht auf die Vergangenheit zu verhindern.

Als Russland 2014 die Ukraine angriff, sollten die Menschen in der Ukraine glauben, dass Russischsprachigen in ihrem Land ein Genozid droht und dass dort Nazis an die Macht gekommen sind. Die Falschbehauptungen wurden über die staatlichen und staatsnahen russischen Fernsehsender sowie über Social Media Plattformen verbreitet. Trotz mehrfachen Nachweises, dass das gelogen ist, befeuert das russische Regime diese Propaganda-Narrative bis heute.

Die Folgen von Desinformation sind derzeit wie unter einem Brennglas in Georgien zu beobachten. Dort verbreitet eine illegitime EU-feindliche Regierung prorussische Narrative. Sie erlässt Gesetze, die eins zu eins russischen Vorbildern entsprechen und dazu gemacht sind, demokratisches Engagement der Bürger zu kriminalisieren und Minderheiten wie Homosexuelle zu unterdrücken. Die Justiz ist nicht unabhängig. Das Gemeinwesen ist gleichsam zerstört, das Vertrauen der Bürger in Politik und jede Art von Institution ist verloren gegangen. Immer mehr Georgier sagen, dass Politik ihnen zu schmutzig,

Demokratie zu kompliziert ist. Sie klagen, dass sie überfordert sind und niemandem mehr vertrauen. Die Folge ist Apathie.

Mit der steigenden Konfrontation mit dem politischen Westen seit Kriegsbeginn 2014 ist auch die europäische Öffentlichkeit stärker ins Visier prorussischer Desinformation gerückt. In Deutschland zielt sie u.a. darauf, die Ukraine in den Augen der Deutschen zu diskreditieren, die deutsche Unterstützung für die Ukraine zu schwächen, Stimmung gegen die aufgrund des russischen Angriffskrieges verhängten Sanktionen zu machen und Russland als unschuldiges Opfer darzustellen. Darüberhinaus geht es darum, das Gemeinwesen in Deutschland zu schwächen, das Vertrauen in Politiker, in Institutionen, in etablierte und seriöse Medien zu untergraben und so den Diskurs, der für eine funktionierende Demokratie unabdingbar ist, auch in Deutschland zu zerstören. Dafür greift prorussische Desinformation Konflikte in der Gesellschaft auf und vertieft sie.

Heute ist Deutschland eines der wichtigsten Ziele der prorussischen Desinformation. Das gemeinnützige Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) hat vor der Bundestagswahl 2025 binnen eines Monats mehr als 630 Posts russischer Accounts allein auf der Plattform X gezählt, die gezielt die Absicht verfolgen, Desinformation über die Bundestagswahl und die Parteien zu verbreiten.

Desinformation profitiert auch davon, dass Journalisten und Politiker sprachliche Ungenauigkeiten übernehmen. Ein Beispiel ist der Kriegsbeginn. Der Krieg gegen die Ukraine begann nicht im Februar 2022, wie es mittlerweile mehrheitlich behauptet wird, sondern bereits 2014 mit der Eroberung der Krim und der Eskalation im Donbas. Acht Jahre Krieg, Unterdrückung, massenhafte Vertreibung und tausende Tote zu unterschlagen, ist einer der größten Erfolge der russischen Desinformation.

Die Fälschungen der russischen Desinformation haben mit dem Beginn des Krieges 2014 ein für viele schwer vorstellbares Ausmaß erreicht. So benutzte die russische Desinformation 2015 den guten Ruf des WDR in Moskau, um eine komplett ausgedachte Geschichte zu verbreiten. Ein russischer Fernsehsender erfand einen Beitrag der WDR-Korrespondentin in Moskau, Christina Nagel. Sie habe berichtet, dass der damalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko sich stark alkoholisiert in ein Passagierflugzeug nach Moskau gedrängt habe, um dort mit Putin zu reden. Nagel hat diesen Beitrag nie gemacht, und ob Poroschenko mit einer Linienmaschine geflogen wäre, ist auch äußerst fraglich. Die Macher stellten Poroschenko damit in eine Reihe mit Putins in Russland verhasstem Vorgänger Boris Jelzin, der in den 90er Jahren im Vollrausch sein Flugzeug nicht verlassen konnte und damit einen Staatsbesuch in Irland verschlief.

Das Verfahren, westliche etablierte Medien als Quelle für Falschmeldungen zu missbrauchen, findet sich mittlerweile professionalisiert in sogenannten Doppelgänger-Kampagnen wieder. Die Urheber bauen Internetauftritte seriöser Medien nach und publizieren in diesen „Doppelgängern“ gefälschte Artikel mit prorussischen Narrativen. Doppelgänger erreichten 2023/24 allein in Deutschland und Frankreich 38 Millionen Menschen binnen eines halben Jahres. Angesichts immer weiter entwickelter künstlicher Intelligenz könnten in absehbarer Zeit ganze Bundestagsdebatten erfunden werden.

Die prorussische Desinformation stützt sich unter anderem auf fremdsprachige Blogger und Influencer, die Kreml-Narrative zum Beispiel in den deutschen Diskurs hineinragen. Fake-Accounts und Bots tragen gleichfalls zur massenhaften Verbreitung bei. In Deutschland machen sich Politiker der russlandfreundlichen Parteien wie AfD und BSW Positionen des Kreml zu eigen. Russische Staats- und staatsnahe Medien stellen deren Äußerungen wiederum als die Stimme der deutschen Bevölkerung (sie sprechen vom "deutschen Volk") dar, was den falschen Eindruck vermittelt, Deutschland stehe mehrheitlich zu Putins Regime, lediglich die Eliten aus Politik und Medien würden gute Beziehungen zum Kreml verhindern.

Die prorussische Desinformation nutzt die Mechanismen der Demokratie, um ihr zu schaden. Sie speist bestimmte falsche oder verzerrte Behauptungen durch ständiges Wiederholen in die Debatte ein, so dass Journalisten, Politiker und Behörden sie nicht mehr ignorieren können, obwohl sie verzerrt oder erfunden sind. So schaffen es Personen, die Desinformation verbreiten, mit den erfundenen und verzerrten Narrativen immer wieder in die deutsche Öffentlichkeit. Die Lüge wird dadurch ein gleichberechtigter Teil in der Debatte. Olga Skabejewa, Top-Moderatorin des russischen Staatsfernsehens, sagt es ganz offen: „Es ist nicht wichtig, was geschieht, wichtig ist die Interpretation des Ereignisses.“

Der russischen Desinformation ist etwas gelungen, vor dem Hannah Arendt bereits 1951 gewarnt hat: „Der ideale Untertan totalitärer Herrschaft ist nicht der überzeugte Nazi oder engagierte Kommunist, sondern Menschen, für die der Unterschied zwischen Fakten und Fiktion, wahr und falsch, nicht länger existiert.“ Genau darauf setzt die russische Desinformation. Sie bringt Menschen dazu, ein autoritäres Regime hinzunehmen oder sogar zu unterstützen und sich vom Politischen zurückzuziehen, weil nichts mehr eindeutig scheint.

Gibt es einzelne Menschenrechte, die stärker als andere das Ziel von Desinformation sind? (SPD)

Prorussische Desinformation zielt auf einen möglichst rechtlosen Raum, in dem straffrei Verbrechen begangen werden können. Die Grundrechte, die davon tangiert werden, sind neben dem Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsbeschaffung die Freiheit der Wissenschaft, die Religionsfreiheit, das Grundrecht auf Unabhängigkeit der Justiz. Die Verunglimpfung von ganzen Bevölkerungsgruppen durch Hetzpropaganda greift die Würde jedes einzelnen und sein Recht auf freie Entfaltung und Selbstbestimmung an.

Wie kann Desinformation in den (sozialen) Medien strukturell erfasst werden und welche strukturellen Erkenntnisse haben Sie über systematische Informationsmanipulation durch autokratische Staaten? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu empfehle ich unter anderem die Studien des gemeinnützigen Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS).

Welche 20 Staaten sind als die führenden Akteure staatlich veranlasster Desinformation zu sehen? (Die Linke)

Hauptakteure staatlich gelenkter Desinformation sind Russland und China. Kleinere bzw. ärmeren Staaten haben selten die Kapazitäten, in den deutschen bzw. den Diskurs in der EU nachhaltig einzugreifen.

Begriffliche und theoretische Einordnung von Desinformation

Was ist Ihre Definition von "Desinformation", ist es Falschinformation, interessengeleitet selektive Information, Fake News, und sind diese Begriffe auch konstruktivistische Werkzeuge zur Aufrechterhaltung eines interessengeleiteten Herrschaftsdiskurses, unabhängig vom Status nicht-, semi- bzw. autoritärer Regierungen? (AfD)

Grundsätzlich ist jede Kommunikation interessengeleitet. So ist beispielsweise idealtypisch das Interesse von Wissenschaftlern und Journalisten, den Bürgern die Informationen zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen, um mündig politische Entscheidungen zu treffen. Das ist der Grund, warum Desinformation und ihre Protagonisten im wesentlichen auf die politische Kommunikation im Land abzielen.

Der wesentliche Unterschied zwischen interessengeleiteter Kommunikation und Desinformation besteht darin, dass interessengeleitete Kommunikation auf Fakten basiert und es im allgemeinen transparent ist, wer welche Motivation hat. Desinformation hingegen lügt, verzerrt und ignoriert Fakten. Sie ist darauf angelegt, die Entscheidungsfindung mündiger Bürger zu behindern. Sie ist vorsätzlich zerstörerisch.

Gibt es wissenschaftliche, vergleichende Studien zur Nutzung von Propaganda und Desformation in autoritären und liberalen politischen Systemen, und welche Handlungsempfehlungen leiten Sie daraus ab zur Wahrung sachlicher, neutraler und diversifizierter Berichterstattung zu politisch umkämpften Fragestellungen? (AfD)

Da in autoritären System der Zugang zu valider Information nicht oder nur schwer möglich ist, ist es schwierig bis unmöglich, die Mediennutzung umfänglich und damit seriös vergleichend zu erforschen.

Grundsätzlich wird sachliche, neutrale und diversifizierte Berichterstattung von professionellen Journalisten geleistet.

Meine Handlungsempfehlung ist deshalb, unabhängige und gut ausgestattete Presse zu gewährleisten und die Freiheit von professionellem Journalismus sicherzustellen. Das gilt sowohl für den ordnungspolitischen Rahmen, als auch für den Umgang mit Journalisten. Tätliche Angriffe auf Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel durch Rechtsextreme oder andere Feinde der Pressefreiheit und Demokratie sind zu unterlassen.

Politische, gesetzgeberische und gesellschaftliche Gegenstrategien

Welche Bedeutung ist Desinformation im Rahmen hybrider Kriegsführung Russlands beizumessen, in welchem Ausmaß wird sie angewandt und welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Einflusseinnahme abzuwehren? (CDU/CSU)

Die Stärke Putins und seines Regimes besteht zu einem großen Teil darin, Angst zu verbreiten, im Inland wie im Ausland. Es ist unter anderem Angst vor einem konventionellen Krieg, der auch Deutschland ergreifen könnte. In diesem Zusammenhang ist Desinformation zentral. Russlands hybrider Krieg soll verunsichern. Die Menschen sollen zweifeln: Ist das schon Krieg oder nicht? Greift Russland wirklich an? Steckt wirklich Russland hinter den Drohnen im NATO-Luftraum, hinter gekappten Unterseekabeln, hinter Stromausfällen und Cyber-Angriffen? Desinformation verhindert, dass Menschen die Bedrohung und ihren Verursacher klar erkennen und benennen. Das war bereits in der Ukraine 2014 so, als russische Soldaten ohne Hoheitszeichen die Krim einnahmen und angeblich im Urlaub im Donbas kämpften.

Desinformation setzt auf das Unwissen der Bevölkerung. Dabei geht es nicht nur um Unwissen in Bezug auf die russische Gesellschaft oder den Krieg gegen die Ukraine, Desinformation profitiert auch von fehlender politischer Bildung der Bevölkerung. Deshalb ist es dringend nötig, die Medienbildung in den Schulen auszubauen, wie es Kommunikationswissenschaftler seit den 90er Jahren fordern. Das gilt nicht allein für Schüler, es gilt auch für Lehrer. Viele Lehrkräfte wissen nicht, welche Funktion professioneller Journalismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland hat und wie Journalisten arbeiten. Die mündigen Bürger müssen wissen, was Journalismus von Desinformation unterscheidet, wie sie Desinformation erkennen können und wo sie recherchierte und professionell überprüfte Informationen finden.

Weiter muss das Presserecht konsequent auch auf Veröffentlichungen jenseits professioneller Medien angewandt werden. Auch anderes geltendes Recht muss konsequent umgesetzt werden im Fall von Diffamierungen, Verbreiten von Falschinformationen, Beleidigung, Drohungen etc. durch Desinformation. Um das zu erreichen, muss jeder, der

publiziert, und sei es in den sozialen Netzwerken, identifizierbar sein und zur Verantwortung gezogen werden können. Politischer Diskurs ist keine Hobbyveranstaltung, besonders nicht in einer Zeit, in der Antidemokraten dabei sind, ihn zu zerstören.

Die Gesellschaft muss professionellen Journalismus stärken und seine Unabhängigkeit gewährleisten. Dazu gehört auch, dass demokratische Politiker die Rolle von professionellem Journalismus für die Demokratie anerkennen und sich nicht an der Diffamierung von Journalisten beteiligen. Es geht um Respekt.

Es muss sichergestellt werden, dass jede Art von medialer Kartellbildung und Meinungsmacht verhindert wird. Derzeit schwingen sich Tech-Milliardäre auf, die Hoheit über Lexika (Wikipedia) oder andere Verbreitungsplattformen zu erringen. Es läuft ein Kampf um das Menschheitswissen und die Manipulation dessen. Wegen des Einsatzes künstlicher Intelligenz werden wir in wenigen Monaten nicht mehr wissen, wer etwas wirklich gesagt hat. Die Verunsicherung wird in den nächsten Monaten zunehmen, der „Unterschied zwischen Fakten und Fiktion, wahr und falsch“, wird nicht länger erkennbar sein. Die, die die Gesellschaft zerstören wollen, sind derzeit in der Vorhand.

Welche staatlichen Maßnahmen sollten ergriffen oder verstärkt werden, um gegen Desinformation allgemein vorzugehen? (SPD)

siehe oben

Wie reagieren einerseits staatliche Strukturen in Taiwan und andererseits die Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit auf systematische Desinformation und

Informationsmanipulation durch autokratische Staaten und welche Empfehlungen haben Sie darauf basierend an die deutsche Politik und die Gesellschaft im Umgang mit manipulierter Information und z.B. gefälschten Profilen in sozialen Medien? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welcher legislativ zu implementierender, allseitig gegen die Nutzung von Einfallstoren für Beeinflussung wirkender Mechanismen, Maßnahmen und Frühwarnsysteme bedarf es? (Die Linke)

Der Gesetzgeber muss dringend auf der Grundlage von Art. 5 GG den Rahmen für den Diskurs neu aufstellen.